



2020/16 Small Talk

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/16/protest-muss-moeglich-sein>

Ein Gespräch mit Susanne W., einer Mitgründerin der Watchgroup »Coview19«

»Protest muss möglich sein«

Small Talk Von **Peter Nowak**

Die Watchgroup »Coview19« (coview.info) hat das Ziel, einen solidarischen Umgang mit der Coronakrise zu finden.

Was ist das Ziel von Coview19?

Anfang März gab es ein erstes Treffen. Damals wurde gerade das Verbot von Versammlungen in Österreich bekanntgegeben und den ersten dämmerte, welche harten Maßnahmen wohl in den folgenden Wochen verkündet würden. Daraus ist die Idee einer Watchgroup entstanden, da solche starken Eingriffe der Regierung leider auch meist mit starker Repression und Machtmissbrauch einhergehen. Innerhalb kürzester Zeit ist genau das eingetreten. Immer mehr Menschen wollten nicht tatenlos in der Ausgangssperre verharren, sondern aktiv Grundrechte und Gerechtigkeit einfordern und auf die gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise reagieren.

Wie war die Resonanz auf Ihren Aufruf?

Erstaunlich groß. Es melden sich täglich Menschen, die uns von Repression, Missständen oder besorgniserregenden Entwicklungen schreiben oder sich direkt in die Arbeit von Coview19 einbringen möchten. Es sind vor allem Leute aus Österreich, Deutschland und der Schweiz, aber, und das ist uns ein Anliegen: Was hier gerade politisch passiert, betrifft alle. Wir verstehen uns daher als transnationale Initiative, wir beobachten die aktuellen Entwicklungen.

Haben Sie Kontakte in andere Länder?

Derzeit gibt es einige Kontakte zu Initiativen und Personen, die ähnliche Ziele verfolgen oder sich direkt bei Coview19 engagieren. Wir arbeiten daran, unsere Texte in möglichst viele andere Sprachen zu übersetzen – gerade bei den Plakaten mit den zentralen Forderungen ist das sehr schnell gelungen.

Sie haben geschrieben, dass Sie für die Gesundheit nötige Einschränkungen im öffentlichen Leben begrüßen. Sie wenden sich aber auch gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechts in Zeiten der Coronakrise. Ist das nicht ein Widerspruch?

Politischer Protest muss trotz notwendiger Einschränkungen möglich sein, das ist unsere Überzeugung. Um zu erkennen, wie relevant das Virus ist und wie viele Menschen es betrifft, braucht es keinen autoritären Staat und keine Polizei zur Umsetzung und Bestrafung. Es braucht Eigenverantwortung und gute Informationen. Es darf nie passieren, dass Kundgebungen und Demonstrationen grundsätzlich verboten werden – derzeit sogar solche, bei denen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Sicherheitsabstand einhalten und Mundschutz tragen. Sogar das Mittragen politischer Botschaften während Spaziergängen ist untersagt.

Welche Rolle spielen gewerkschaftliche und soziale Fragen in der Coronakrise?

Eine sehr große Rolle. In den vergangenen Wochen haben Millionen von Menschen ihre Arbeit verloren, überall auf der Welt. Prekär Beschäftigte hat es sofort und am härtesten getroffen. Ohne gewerkschaftliche Unterstützung oder Organisation wurde ihnen der Boden unter den Füßen weggerissen. Die Absurdität der ungleichen Verteilung wird in der jetzigen Zuspitzung der Krise noch offensichtlicher. Beschäftigte in Branchen ohne einflussreiche Lobby werden reihenweise fallengelassen. Wir hören immer wieder von Arbeitgebern, die ihre Beschäftigten zur Kündigung drängen, beispielsweise in der Gastronomie. Pflegende in der 24-Stunden-Betreuung werden hoher Gefährdung ausgesetzt, bei ihrer Anreise aus osteuropäischen Ländern teilweise kriminalisiert und haben keine wohlfahrtsstaatliche Absicherung.